

Protokoll

über die 36. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Wedel am Montag
dem 16.01.2017, im Sitzungsraum Caudry des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20.45 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Peter Kramer

stell.Vorsitzender, i.V.f.Herrn Dr. Bakan
1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Frau Birgit Neumann-Rystow
Herr Andreas Schnieber

i.V.für Herrn Dr. Stephan Bakan
2. stellv. Bürgermeister

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Herr Olaf Wuttke

ab 19.05 Uhr
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Frau Sophia Jacobs-Emeis
Herr Wolfgang Rüdiger

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy

Fraktionsvorsitzender

Seniorenbeirat:

Herr Manfred Schlund

Umweltbeirat:

Frau Elke Sander

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung
Herr Manuel Baehr



Herr Rolf Jagemann	
Frau Susanne Lustig	zu TOP 5
Herr Niels Schmidt	Bürgermeister
Herr Volkmar Scholz	
Frau Martina Weisser	Schriftführerin
Herr Jens Zwicker	zu TOP 9.2

Stadtwerke:

Frau Babette Schumacher	zu TOP 4
Frau Julia Kuhr	

Es fehlte entschuldigt:WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan	Ausschussvorsitzender
------------------------	-----------------------

Um 19.00 Uhr begrüßt Herr Kissig als Vorsitzender in Vertretung für Herrn Dr. Bakan alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Ausschuss einstimmig:

Beschluss

TOP 8 und 9 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) Einwohnerfragestunde
 - 2.) Anhörung der Beiräte
 - 3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 05.12.2016
 - 4.) Erhöhung der Gesellschafteranteile an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE)
Vorlage: BV/2016/149
 - 5.) Terminfahrplan zur strategischen Haushaltsplanung
Vorlage: BV/2016/150
 - 6.) BusinessPark Elbufer - "elbcube5"
Vorlage: MV/2016/099
 - 7.) Mitteilungen und Anfragen
-

7.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

**7.2 Anfrage vom 07.11.2016 bezüglich Bewerbungsverfahren analog zur
Schiedsleutewahl
Vorlage: MV/2016/101**

7.3 Anfragen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

**8.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 35. nichtöffentlichen Sitzung vom
05.12.2016**

9.) Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen

9.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

**9.2 Sachstand Restaurant Sporthalle Breitscheidstraße
Vorlage: MV/2016/100**

9.3 Anfragen

öffentlich

10.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

1.) Einwohnerfragestunde

Der Einwohner Herr Pflüger fragt, wann die Antwort auf seine Frage aus der letzten Einwohnerfragestunde im Planungsausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss gegeben wird. Die Verwaltung hatte zugesagt, in beiden Ausschüssen zu antworten. Es ging um die Kosten, die allein die Stadt Wedel für den kompletten Umbau des Schulauer Hafens zu tragen hatte bzw. hat.

Herr Schmidt antwortet, dass die Antworten im Februar vorgetragen werden.

2.) Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat ist nicht anwesend. Frau Sander für den Umweltbeirat hat nichts zu berichten. Herr Schlund für den Seniorenbeirat stellt Fragen zu den Abläufen bei Erstellung der Einladungen und der Festlegung von Terminen und in welcher Form die Beiräte beteiligt werden. Der Bürgermeister und Herr Amelung erläutern kurz das Verfahren.

**3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom
05.12.2016**

Beschluss

Das Protokoll wird bei 1 Enthaltung genehmigt.

- 4.) **Erhöhung der Gesellschafteranteile an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE)**
Vorlage: BV/2016/149

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, als Gesellschaftervertreter wie folgt zu beschließen:

Die Stadtwerke Wedel GmbH erhöht ihre, über die Stadtwerke Wedel BeteiligungsGmbH, mittelbare Beteiligung an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) um bis zu 400.000 €

- 5.) **Terminfahrplan zur strategischen Haushaltsplanung**
Vorlage: BV/2016/150

Frau Lustig erläutert anhand einer kurzen Powerpointpräsentation das zukünftige Verfahren der strategischen Haushaltsplanung und den Terminplan. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In der folgenden Aussprache stellt Frau Koschorrek fest, dass es sich um eine sehr ambitionierte Terminplanung handeln würde. Man könne den Zeitplan für das Ehrenamt auch als „sehr heftig“ bezeichnen. Sie bittet die Verwaltung, zu bedenken, dass die Politik die Arbeit rein ehrenamtlich erledigt, während die Mitarbeiter der Verwaltung sich hauptamtlich mit dem Thema beschäftigen. Das Ehrenamt darf nicht überfordert werden. Weitere Ausschussmitglieder schließen sich der Aussage Frau Koschorreks an. Es wird sodann Einvernehmen erzielt, dass als Termin für die Workshops mit der Politik im Mai die ohnehin schon festgelegten Ausschusstermine genutzt werden sollen und dass insgesamt möglichst keine Wochenendtermine mehr festgelegt werden.

Herr Wuttke regt an, speziell für den Planungsausschuss den Reservetermin als Workshoptermin zu nutzen, da die Tagesordnungen der Sitzungen des Planungsausschusses erfahrungsgemäß immer sehr voll und zeitraubend sind. Die Workshops sind nach seiner Auffassung aber ein gutes Hilfsmittel für die Politik hinsichtlich der zukünftigen Haushaltsplanungen, wenn diese auch keine Entscheidungskompetenzen haben. Die Entscheidungen liegen weiterhin beim Ausschuss und dem Rat.

Nach kurzer weiterer Aussprache beschließt der Ausschuss einstimmig, dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt den in der Anlage beigefügten Terminfahrplan zur strategischen Haushaltsplanung. Der Terminfahrplan tritt zum 01.01.2017 in Kraft.



6.) **BusinessPark Elbufer - "elbcube5"**
Vorlage: MV/2016/099

Zu Beginn der Beratung führt Herr Wuttke aus, dass die Verwaltung demnächst über den ersten Bauantrag entscheiden wird. Dieser verstößt nicht gegen die Grenzen des B-Planes. Anders sieht es allerdings aus, wenn die weiteren geplanten Bürotürme gebaut werden sollen. Die Planungen hierzu überschreiten die B-Plan-Grenzen. Deshalb hat der Planungsausschuss in seiner letzten Sitzung entschieden, dass sich die Fraktionen bis zur Februar-Sitzung noch einmal beraten, wie mit der Tatsache umgegangen werden soll, dass gleich beim ersten Projekt auf dem BusinessPark-Gelände die gerade festgelegten B-Plan-Grenzen überschritten werden und zwar bis zu 30 %.

Auf Nachfrage von Frau Koschorrek erklärt Herr Schmidt, dass bis zu einer Entscheidung über die veranlasste einstweilige Anordnung eines Rissener Bürgers nicht über den Bauantrag entschieden wird. Hierum hatte das Gericht gebeten. Allerdings rechne er innerhalb der nächsten 3 Wochen mit einer Entscheidung.

Herr Wuttke bezieht sich in seinem folgenden Wortbeitrag auf den Inhalt der Mitteilungsvorlage. In dieser heißt es, dass an der ursprünglichen Planung nichts verändert oder erweitert wurde. Aber, so Herr Wuttke, als die Politik über diese städteplanerisch für gut befundene Planung beschlossen hatte, war niemandem bewusst, dass mit eben dieser Planung die Grenzen des gerade beschlossenen B-Planes überschritten werden würden. Entweder, so Herr Wuttke, muss man die Qualitäten des Architekten in Frage stellen, falls dieser sich der Überschreitung nicht bewusst war, oder aber es handelt sich hier um einen Fall von Rosstäuscherei. Das machen die Grünen aber nicht mit. Nach seiner Ansicht, so Herrn Wuttke, ist es außerdem ein falsches Signal, dass zu diesem Umstand leider kein kritisches Wort in der Mitteilungsvorlage steht. Auch, dass keine Nachbesserungsklausel in den Vertrag aufgenommen werden soll, sehen die Grünen kritisch. Und zwar deshalb, weil der Investor in einer Sitzung des Planungsausschusses angekündigt hatte, bei erfolgreicher Vermarktung der Büroräume und weiterer Nachfrage über eine weitere Bebauung im Bereich der jetzigen Parkplatzflächen nachdenken zu wollen.

Wenn denn schon auf eine Nachbesserung des Kaufpreises für die jetzigen Gebäude verzichtet werden soll, obwohl diese höher als geplant sein sollen, so sollte aber für den Fall einer Verdichtung im Bereich der Parkplatzflächen über eine Nachbesserungsklausel ernsthaft nachgedacht werden.

Herr Schmidt entgegnet, dass es zwar richtig sei, dass die festgelegten Begrenzungen überschritten werden sollen, aber ob es sich um eine „massive“ Überschreitung handeln würde, wie von Herrn Wuttke behauptet, sei nach seiner Auffassung Ansichtssache. Die städtebaulichen Aspekte sollten nach Meinung Herrn Schmidts die wesentliche Rolle spielen. Hier waren sich die Fraktionen hinsichtlich der Planungen auch einig. Das Projekt hatte aus städtebaulicher Sicht überzeugt. Es ist auch aus seiner Sicht ärgerlich, so Herr Schmidt weiter, dass die Überschreitung erst so spät erkannt wurde, aber daran sollte dieses Projekt jetzt auf keinen Fall scheitern oder weiter verzögert werden. In vielen anderen Bereichen wären von vornherein vorhabenbezogene B-Pläne entwickelt worden. Darauf habe man in diesem Fall verzichtet. Daher habe man jetzt diese Diskussion, die es bei einem vorhabenbezogenen B-Plan gar nicht gegeben hätte. Natürlich, so Herr Schmidt abschließend, hat die Politik das Recht, die Überschreitungen abzulehnen. Er als Bürgermeister vertritt hierzu u.a. aus wirtschaftlichen Aspekten aber eine andere Meinung.

Herr Dr. Murphy stellt die Frage in den Raum, wofür denn eigentlich B-Pläne aufgestellt werden und da sind. In diesen spiegelt sich u.a. auch der Wille der Politik wider. Offenbar besteht beim BusinessPark bereits ein außerordentlicher Vermarktungsdruck. Das wissen offenbar auch die Investoren. Er stellt Herrn Schmidt die Frage, ob die Verwaltung garantieren könne, dass bei einer jetzigen Gestattung der Überschreitung der festgelegten Grenzen kein Präjudiz für weitere Projekte geschaffen werde. Es könne, so Herr Dr. Murphy doch nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Investoren dann auch nach eigenem Gusto ohne Berücksichtigung der im B-Plan festgelegten Grenzen planen und bauen wollten.

Es folgt eine längere weitere Diskussion, in der Frau Jacobs-Emeis für die SPD Position hinsichtlich einer Nachbesserungsklausel bezieht: Wenn die B-Plan-Grenzen überschritten werden und damit einhergehend eine höhere Bebauung mit mehr Büroflächen möglich wird, muss der Kaufpreis angepasst werden.

Herr Kissig geht auf den Wortbeitrag Herrn Wuttkes ein und weist dessen Aussage zurück, dass der Investor machen könne, was er wolle. Hier würde die CDU-Fraktion sehr wohl aufpassen, so Herr Kissig. Dass allerdings Investoren das Beste für sich herausholen wollen, sei klar und nachvollziehbar. Für den Fall einer späteren weiteren Verdichtung könnte sich die CDU allerdings vorstellen, dass es hier eines neuen Beschlusses bedürfe. Ein Verkaufsdruck, wie von Herrn Dr. Murphy beobachtet, bestehe aber keinesfalls, denn das Grundstück musste die Stadt nicht kreditär erwerben. Eine weitere Verzögerung lehnt die CDU jedenfalls ab.

Herr Wuttke fragt, ob die Verwaltung bezüglich einer Vertragsunterzeichnung abwarten werde, bis die Fraktionen sich zu den Februar-Sitzungen über die Nachbesserungsklausel beraten haben werden. Könnte die Verwaltung dies zusagen?

Herr Kissig entgegnet zu den Fragen, dass einerseits noch Anlagen zum Bauantrag fehlen würden und dass die Verwaltung ja noch die richterliche Entscheidung zur einstweiligen Anordnung abwarten muss. Den Grünen stehe es frei, zum nächsten Ausschuss einen entsprechenden Antrag zu stellen.

In der teilweise kontroversen weiteren Debatte zeigt Herr Baehr auf, wie sich die Situation bezogen auf weitere Verzögerungen aus Sicht der Wirtschaftsförderung, auch gegenüber weiterer potentieller Investoren darstellt. Nämlich aus seiner Sicht fatal. Wichtig wäre jetzt das Signal nach außen, dass die Stadt einvernehmlich das Projekt voranbringen will.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht. Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7.) Mitteilungen und Anfragen

7.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

Herr Amelung gibt zur To-Do-Liste bekannt:

- Informationen zur Orga-Untersuchung folgen im Februar.
 - Die bereits vorgelegte und vertagte Vorlage zu wedel.de wird im Februar vorgelegt, ergänzt um die Antworten zu den Fragen aus der letzten HFA-Sitzung.
 - Zu den Fragen Herrn Dr. Murphys zu in Auftrag gegebene Gutachten und ob tatsächlich in 1 Fall 113 Beraterstunden abgerechnet wurden, erklärt Herr
-

Amelung, dass dieses richtig sei. Die umfängliche Beratung umfasste 113 Stunden.

- Zu der weiteren Frage Herrn Dr. Murphys, ob der Stundensatz bei einer Beratung tatsächlich 4708.–Euro betrug, erklärt Herr Amelung, dass nicht der Stundensatz gemeint war, sondern der durchgeführte Workshop. Dieser wurde mit dem Betrag abgerechnet.

7.2.) Anfrage vom 07.11.2016 bezüglich Bewerbungsverfahren analog zur Schiedsleutewahl
Vorlage: MV/2016/101

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7.3.) Anfragen

Anmeldefrist für den anstehenden Workshop mit der Politik

Frau Lustig teilt mit, dass schon viele Anmeldungen vorliegen, aber noch nicht alle eine Rückmeldung abgegeben haben. Sie bittet, dieses innerhalb dieser Woche nachzuholen.

HFA-Sitzung im April

Herr Kissig erinnert an die Nachfrage der Verwaltung, ob es aus Sicht der HFA-Mitglieder möglich wäre, im April die Ausschusssitzung ausnahmsweise auf den Dienstag zu verlegen. Der Ausschuss einigt sich, im April die HFA-Sitzung auf Dienstag, 04. April zu verlegen. Herr Wuttke teilt mit, dass er an diesem Tag nicht dabei sein könne.

Workshops

Auf Nachfrage Herrn Schlunds, ob der Workshop auch für die Beiräte gedacht sei, erklärt Herr Amelung, dass es um die Vorbereitung zur Aufstellung des Haushaltes gehe, der vom Rat beschlossen wird und daher die Beiräte nicht dabei sein werden.

Weitere Mitteilungen oder Fragen gibt es nicht. Herr Kissig schließt die Öffentlichkeit aus.

10.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Nachdem Herr Kissig die Öffentlichkeit wieder hergestellt hat, informiert er diese, dass keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.
Er verabschiedet um 20.45 Uhr alle Anwesenden und schließt die Sitzung.

Michael C. Kissig
Vorsitzender

Martina Weisser
Schriftführer/in

Datum der _____

18.01.17

Unterschrift _____

